

werde die Reisebranche heutzutage «von wenigen starken Akteuren dominiert». Und die strategischen Entscheidungen der Marktführer würden beträchtliche Auswirkungen auf den Klimaschutz in der Branche haben. «Daher kommt den grossen Reiseveranstaltern bei der Transformation des Tourismus in einen <grünen Wirtschaftssektor> (formuliertes Ziel der UN Welttourismusorganisation) eine besondere Verantwortung zu», erklärt Autor Zotz. Und wir ergänzen: Die Verantwortung liegt in erster Linie bei uns Reisenden, wohin, wie und mit wem wir uns transportieren lassen. ◀

■ **Gefährdete Schwangere.** Bei 100 000 Lebendgeburten sterben in den Entwicklungsländern jeweils 450 Frauen während der Schwangerschaft oder der Geburt. Im Vergleich dazu starben, so die BBC, 1910 in England und Wales 335 Frauen. In Ghana lassen heute 560, im Tschad gar 1500 Frauen ihr Leben. In Grossbritannien jedoch liegt der Anteil derzeit bei 14 Todesfällen pro 100 000 Frauen. Verglichen wurden diese Zahlen auch, um an die Gründung des Internationalen Frauentages vor 100 Jahren zu erinnern. Es sei allerdings schwierig, genaue Zahlen zu erheben, stellt die UNO klar. Nur sehr geringe Fortschritte seien in den Ländern südlich der Sahara gemacht worden, und auch die Zahl der Todesopfer in Südasien sei immer noch «unannehmbar» hoch. Brigid McConville, Direktorin der White Ribbon Alliance für eine sichere Schwangerschaft, erklärte, es müsse noch «sehr viel» für den Schutz und die Sicherheit von Schwangeren und ihrer neugeborenen Kinder getan werden. Immerhin gibt es auch Fortschritte, in Nepal oder Ruanda etwa. Viele der medizinischen Probleme sind laut Expertinnen und Experten leicht zu verhindern. Beispielsweise macht oft nur schon eine sachkundige Behandlung von Infektionen und Blutungen den ausschlaggebenden Unterschied. ◀

■ **Pechschwarzes Unheil.** Die Beschaffung von Erdöl für unsere Industrien und Fahrzeuge ist immer wieder mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen verbunden. Seit langem beklagen sich beispielsweise die Menschen in Nigeria über die von der nigerianischen Regierung begünstigten Verheerungen durch die Erdölindustrie. Dagegen und für eine angemessene Beteiligung an den Einnahmen von Firmen wie Exxon-Mobil oder Royal Dutch Shell wehren sich politische Organisationen wie jene der Ogoni, aber auch bewaffnete Rebellen-Gruppen oder Gangsterbanden. Nun hat der niederländisch-britische Öriese Royal Dutch Shell, der nach heftiger Kritik Verbesserungen in die Wege leitete, im Februar entnervt einen Teiltrückzug aus Nigeria angekündigt. Begründung: Rebellen des «Movement for the Emancipation of the Niger Delta» hätten im (arg mitgenommenen) Niger-Delta einen vereinbarten Waffenstillstand gebrochen. Mit Widerstand und ähnlichen Unruhen in Öl-



Foto: Ruedi Suter

Förderländern wird auch in Zukunft vermehrt gerechnet werden müssen. Zu oft wird das Öl mit verheerenden Umweltschäden und über die Köpfe der lokalen Bevölkerung hinweg aus der Tiefe gepumpt. ◀

■ **Bundesrätin auf Polit-Safari.** Afrika war diesmal ihr Ziel, Tansania und die Demokratische Republik Kongo (DRK). Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), besuchte die beiden Staaten im Februar. Zunächst ging es nach Kinshasa, wo sich die Schweizer Bundesrätin am 12. Februar 2010 mit ihrem kongolesischen Amtskollegen Alexis Thambwe Mwamba sowie dem Minister für internationale und regionale Zusammenarbeit, Raymond Ntunga Mulongo Tshibanda, unterhielt. Thema der Gespräche: die seit letztem Jahr verstärkte Entwicklungszusammenarbeit und die Situation in der ostkongolesischen Krisenregion Kivu. Zudem erörterten die Gesprächspartner den aktuellen Schweizer Vorsitz der Ministerkonferenz der Frankophonie (OIF) und den 13. Frankophonie-Gipfel, der vom 22. bis 24. Oktober 2010 in Montreux stattfinden wird. Die Demokratische Republik Kongo wird 2011 von der Schweiz den Vorsitz der Ministerkonferenz übernehmen und 2012 den nächsten Frankophonie-Gipfel ausrichten. Anschliessend reiste die EDA-Vorsteherin in Begleitung von Martin Dahinden, Leiter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), in die ostkongolesische Provinz Süd Kivu, wo die DEZA etliche Projekte unterhält. In der Provinzhauptstadt Bukavu besuchte die Bundesrätin unter anderem ein von der Eidgenossenschaft unterstütztes Projekt zur psychosozialen Betreuung von Gewaltopfern (Frauen und Kinder). «In einer Situation, in der sich die Mehrheit der Geberländer im Bereich humanitärer Hilfe aus dem Süd Kivu zurückziehen, wird die Hilfe der Schweiz in dieser Region zunehmend wichtig», sagte Bundesrätin Calmy-Rey. Am 12. Februar landete sie mit ihrer Delegation in Dar-es-Salaam. Auch kein Zufall: Tansania

ist ein Schwerpunktland der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. Neben der humanitären Hilfe für Hunderttausende von Flüchtlingen aus den Nachbarländern Burundi und der DRK konzentriert sich das Schweizer Engagement auf die Stärkung des tansanischen Gesundheitssystems. «Ziel ist», meldet der EDA-Mediendienst, «den Zugang zur Gesundheitsversorgung für von Armut betroffene Frauen und Männer zu verbessern.» Die Bundesrätin reiste auch ins Landesinnere und besichtigte das von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA unterstützte Gesundheits- und Forschungsinstitut Ifakara Health Institute (IHI). Es wurde in den 1940er Jahren als Feldlabor des Schweizer Tropeninstituts (STI) gegründet und 1991 an den tansanischen Staat übergeben. Die EDA-Vorsteherin besichtigte ausserdem die von der Schweiz unterstützte St. Francis-Klinik in der Provinzstadt Ifakara, die in den 1920er Jahren von den Schweizer Baldegg-Schwestern aufgebaut wurde.

Die Schweiz eröffnete 1981 in Dar-es-Salaam ein Kooperationsbüro mit dem Resultat, dass die Zusammenarbeit mit Tansania «heute eine der grössten bilateralen Partnerschaften in Afrika» darstellt. Die DEZA setzt gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ein Programm mit einem Budget von jährlich rund 25 Millionen Franken um. Dieses verfolgt als Hauptziele die Bekämpfung der Armut sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Im Bereich Gesundheit, wo neben dem «Schweizerisches Tropen- und Public Health Institute» (Swiss TPH, früher STI) auch Schweizer Firmen wie Novartis und Syngenta engagiert sind, unterstützt die Schweiz Gemeinschaftsinitiativen. Dazu gehören die Reformen der medizinischen Grundversorgung sowie der Kampf gegen ansteckende Krankheiten wie Malaria und HIV/Aids. Das EDA: «Messbare Resultate gibt es beispielsweise im Kampf gegen die Malaria: Die Kindersterblichkeit in Tansania wurde nicht zuletzt durch die von der Schweiz geförderte Verwendung von Moskitonetzen seit dem Jahr 2000 um 25 Prozent verringert.» ◀